

Was macht ihr mit unserem Geld?

Eine aktuelle Umfrage zeigt: Studenten halten nichts davon, für die Uni zu zahlen.
In Nordrhein-Westfalen könnten die Studiengebühren jetzt vor dem Aus stehen VON JAN-MARTIN WIARDA

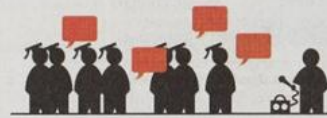
Es ist ein frommer Wunsch von 38 nordrhein-westfälische Hochschulrektoren: Sie wollen Planungssicherheit und »kein zielloses Hin und Her«. Dass sie für ihre Erklärung am Dienstag die so antiquierte wie meist vergebliche Form des offenen Briefs wählten und ihn an sämtliche im Düsseldorfer Landtag vertretenen Parteien verschickten, ist das deutlichste Zeichen der bildungspolitischen Ratlosigkeit, die nach der Wahl vom 9. Mai eingekehrt ist: Welche Konstellation wird künftig regieren im größten Bundesland, und welche Folgen wird das für die Hochschulen haben?

Zwar scheint ein rot-rot-grünes Bündnis nach der Absage der SPD ausgeschlossen. Doch selbst wenn die Christdemokraten auch an der neuen Regierung beteiligt sein sollten, ist die Sorge der Rektoren vor einer erneuten bildungspolitischen Kehrtwende in NRW berechtigt: Die Gründlichkeit, mit der der scheidende FDP-Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart den Wissenschaftsbetrieb liberalisiert hat, dürfte in jedem Fall heftige Gegenreaktionen einer wie auch immer gearteten neuen Koalition auslösen. Von der Hochschulautonomie über den NRW-Stipendienfonds bis hin zu den Studiengebühren – sämtliche Lieblingsprojekte Pinkwarts könnten zur Disposition stehen. Vor allem die ersatzlose Streichung der 260 Millionen Euro, die die Hochschulen jährlich von ihren Studenten einnehmen, wollen ihre Chefs verhindern. »Wenn dieses Geld wegfiel, müssten wir im großen Stil Personal und studentische Tutoren entlassen«, warnt Axel Freimuth, Rektor der Universität zu Köln und Sprecher der Landesrektorenkonferenz.

Tatsächlich gehörte es vor der NRW-Wahl zu den am häufigsten abgegebenen Versprechen sämtlicher Oppositionspolitiker, nach einer Regierungsübernahme möglichst schnell Schluss zu machen mit dem Bezahlstudium. Pünktlich zu den anlaufenden Koalitionsgesprächen kommt jetzt eine bundesweite Studie, die noch einmal die Unbeliebtheit der Gebühren belegt: 70,7 Prozent der an nordrhein-westfälischen Hochschulen befragten Studenten sprechen sich im *Gebührenkompass 2010* für ihre Abschaffung ab, im Schnitt der nach dem Abgang Hessens und des Saarlands verbliebenen fünf Gebührenländer fordern das 66,1 Prozent.

Mehr als 5000 Studenten an 48 Hochschulen haben die Wissenschaftler der Universität Hohen-

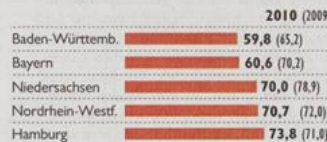
Gebührenkompass 2010



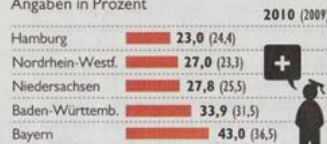
1) Wie **zufrieden** sind Sie mit der Verwendung der Studiengebühren? Geben Sie Schulnoten!



2) Sollten die Studiengebühren Ihrer Ansicht nach wieder **abgeschafft** werden? Anteil der Ja-Antworten in Prozent



3) Sind Sie der Meinung, dass es aufgrund der Studiengebühren schon zu einer **Verbesserung** der Lehrbedingungen an Ihrer Universität gekommen ist? Angaben in Prozent



ZEIT-Grafik/Quelle: GfK

heim für ihre Umfrage interviewt. Demnach ist allein in Hamburg der Anteil der Campusmuttergegnern mit 73,8 Prozent noch höher als an Rhein und Ruhr, und nur in Baden-Württemberg liegt die Ablehnung knapp unter 60 Prozent (siehe Grafiken). Überhaupt ist das Süd-Nord-Gefälle auffällig: Während in Bayern bald jeder Zweite findet, sein Studienbeitrag habe die Lehrbedingungen verbessert, sagen das in Hamburg nur 23 Prozent, und auch in Nordrhein-Westfalen sind es mit 27 Prozent wenig mehr.

Die Umfrage findet seit 2007 zum inzwischen vierten Mal statt. Der Studienleiter, der BWL-Professor Markus Voeth, bilanziert: »Die Ablehnung der Gebühren nimmt zwar seit 2008 leicht ab, und die Zustimmung zu ihrer Verwendung steigt. Allerdings sind die Fortschritte so langsam, dass sie möglicherweise nicht mehr reichen werden, um die bundesweite Abschaffung aufzuhalten.« Beim Blick auf die Ergebnisse der Umfrage wird es für die Befürworter tatsächlich schwer, noch gute Argumente zu finden. So haben die Unis in NRW 2008 eine 4,8 für ihren Umgang mit dem Studentengeld bekommen, dieses Jahr sind sie bei 4,1 gelandet – und erhalten damit erneut nur ein knappes Ausreichend.

Vor allem drei Voraussetzungen müssten erfüllt sein, damit die Zufriedenheit der Studenten zunehme, haben die Wissenschaftler ermittelt: Die Gelder müssen erstens sachgerecht eingesetzt werden, und zwar vor allem für die Verbesserung von Lehre und Infrastruktur, zweitens sollen die Studenten in den Prozess der Gebührenverteilung gleichberechtigt eingebunden sein, und drittens wollen sie über die Verwendung der Gelder vollständig und transparent informiert werden.

Die Realität sehe indes so aus, dass zwar mittlerweile praktisch alle Hochschulen ihre Maßnahmen ins Internet stellten, die Studenten dann aber wegen der ewig langen Listen den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen könnten, sagt Marketingexperte Voeth: »Was fehlt, ist ein langfristiges Nutzungskonzept nach der Art: Dieses Jahr liegt unser Schwerpunkt auf der Verbesserung der Infrastruktur, nächstes Jahr kümmern wir uns um die Personalausstattung. Dann haben die Studenten nicht mehr das Gefühl, dass ihr Geld ohne Sinn und Verstand verpulvert wird.« Den Beliebtheitsvorsprung der Gebühren in den Südländern erklärt Voeth nicht nur mit einem größeren Geschick der dortigen

Hochschulen, sondern vor allem mit der konservativen Grundstimmung in Bayern und Baden-Württemberg. »Im Übrigen gilt auch dort: Die Fortschritte sind ganz nett, aber eigentlich müssten die Hochschulen nach drei Jahren viel weiter sein.«

Fest steht: Schafft auch Nordrhein-Westfalen das Bezahlstudium ab, ist es politisch am Ende. Zwar dürften zumindest Bayern und Baden-Württemberg auf absehbare Zeit an ihnen festhalten, doch keine neu gewählte Landesregierung wird sich so bald wieder die Finger an dem Thema verbrennen. Umgekehrt ist klar: Einigen sich die Koalitionspartner in Düsseldorf auf einen sozial gerechten Erhalt der Studiengebühren, könnte auch ein solcher Schritt Signalwirkung haben für den Rest der Republik.

Die Chancen dafür stehen nicht einmal schlecht. Einerseits hat SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft schon vor der Wahl eingeräumt, aufgrund der Haushaltslöcher die Gebühren nicht sofort abschaffen zu können, andererseits gibt es im schwarz-grün regierten Hamburg bereits ein Vorbild, wie es laufen könnte: »nachlaufende Studiengebühren«. Konkret bedeutet das: Erst mal zahlen die Studenten gar nichts, sondern der Staat schießt die Gebühren zinsfrei vor. Sind aus den Studenten Absolventen geworden, werden sie zur Kasse gebeten – aber nur, wenn sie auch wirklich gut genug verdienen. Ansonsten verfällt die Rechnung nach wenigen Jahren.

Die Gebühren würden so zu einer Art Hochschulsteuer für jene, die finanziell von ihrem Studium profitieren haben. In ihrem Brief werben die Rektoren für dieses Modell – sogar für den Fall, dass der klamme Staat vorzeitig aus der Zwischenfinanzierung aussteigen müsste. »Lieber verzichten wir für ein paar Jahre ganz auf das Geld und wissen, dass wir langfristig über nachlaufende Gebühren wieder damit planen können«, sagt der Kölner Rektor. Ihre ersatzlose Streichung indes, so Freimuth, würde in Köln jede Menge Personal und andere Projekte mitreißen, die neue Professional School etwa oder den Uni-eigenen Vier-Millionen-Euro-Wettbewerb für innovative Lehrkonzepte.

Angesichts der mageren Performance der Hochschulen im *Gebührenkompass* wäre es ein Treppwitz der Bildungsgeschichte: Die Gebührenfans haben es jahrelang nicht geschafft, den Studenten den Nutzen ihrer Gebühren klarzumachen. Das schafft womöglich erst ihre Abschaffung.